Das Gasthaus Mohrenwirt in Kranzegg, Oberallgäu, trägt seit 1907 seinen Namen. Das soll auch so bleiben, sagt „Mohrenwirt“ Anton Rothärmel. Die Allgäuer Zeitung berichtet, dass der „Mohrenwirt“ dem Druck, in die rassistische Ecke gedrängt zu werden, nicht nachgeben will. Der Ausdruck „Mohr“ sei historisch, nicht rassistisch, sagt der Gastwirt. Der Großvater habe das Haus vor mehr als 100 Jahren nach einem besonders guten Gasthof in Ottobeuren benannt.

https://www.facebook.com/allgaeuerzeitung.de/posts/3343959265667396

Der „Mohrenwirt“ ist kein Einzelfall. Für die Umbenennung von Straßen, Gaststätten, Hotels und Apotheken, die den Forderungen nach einer Umbenennung zur Bereinigung der deutschen Sprache von angeblich rassistischen Ausdrücken nachgeben, gibt es inzwischen zahlreiche Beispiele. Die Kampagnen einiger Aktivisten verdanken ihren Erfolg dem schlechten Gewissen, das sie erzeugen, und Politikern, die gegenüber ihren Wählern punkten wollen.

Die Rassismus-Debatte ist nicht neu. Sie gewann seit 2013 mit der Bewegung „Black Lives Matter“ (BLM) in den USA auch in Deutschland einen Aufschwung. BLM organisiert regelmäßig Proteste gegen die Tötung Schwarzer durch Polizeibeamte und stößt Diskussionen zu Racial Profiling, Polizeigewalt und Rassismus an, bereitet aber auch den Boden für Gewalt und Kuriositäten. Zu denen gehört die Auseinandersetzung um Worte, wie zum Beispiel „Mohr“.

Rassismusdebatte schwappt über

Die Debatte ist nicht auf die Deutschland beschränkt. Im Jahr 2018 stellte die österreichische Zeitung „Grazer“ 2018 fest, sie schwappe jetzt auch nach Graz über. Ob das Wort „Mohr“ in Firmennamen diskriminierend sei, fragte das Blatt? und gab zu bedenken: „Mohr im Hemd, Mohrenapotheke, Mohrenwirt – in Deutschland läuft gerade eine enorme emotionale Rassismusdebatte über diese Bezeichnungen, bzw. den Namen mancher Traditionsbetriebe. Unterschriftenaktionen mit zigtausenden Teilnehmern wurden gestartet und Umbenennungen gefordert, die wohl auch teils umgesetzt werden.“

Ein Grazer mit nigerianischen Wurzeln vom Integrationsverein ISOP habe sich geärgert: „Der Begriff ‚Mohr‘ ist ein Schimpfwort, das die Europäer früher für uns erfunden haben. Das Wort ist für mich beleidigend, entwürdigend und rassistisch.“ Er habe verlangt, dass man auch in Graz den entsprechenden Institutionen neue Namen geben sollte, die dem Zeitgeist entsprechen und nicht abwertend seien.



Unterstützt wurde seine Forderung von Grüne Jugend Steiermark. Die Grünen verlangten, dass endlich Schluss mit Alltagsrassismus in der Landeshauptstadt sein müsse. „Der “Mohrenwirt” und die “Mohrenapotheke” in Graz müssen endlich ihre Namen ändern, damit People of Color nicht mehr jeden Tag mit dem rassistischen M-Wort in Kontakt kommen müssen!“ (Hashtags: #blacklivesmatter #BLM #stopracism)

Das Dilemma mit der korrekten Bezeichnung

Der Begriff „Mohr“ ist historisch und hat keine rassistische Bedeutung. Er kommt in Nachnamen, Namen von Hotels und Gaststätten und als Markenname einer Schokolade („Sarotti-Mohr“) vor. „Sarotti-Mohr“ gilt einigen politisch engagierten Menschen jedoch als kolonialrassistisches Symbol und Zeichen mangelnden Feingefühls gegenüber dunkelhäutigen Menschen. Anti-Rassisten zeigen jedoch keinerlei Feingefühl gegenüber rund 200.000 Menschen, die mit Nachnamen Mohr heißen.

Der Journalist der „Welt“, Reinhard Mohr, fühlt sich diskriminiert. In seiner gesamten Zeit als Journalist und Autor habe er allerlei zu hören gekriegt: „Jude“, „Nazi“, „Renegat“, Kriegstreiber“, „Reaktionär“, „Figur“, „Profiabtrünniger“. Nur als „Mohr“ sei er nicht beleidigt worden.

Die integrationspolitische Sprecherin der Linken im Frankfurter Römer glaube, der angeblich Betroffene habe immer recht: „Wenn People of Color sagen, das Wort ist rassistisch, dann ist es rassistisch.“ Wenn dies herrschende Meinung sei, sagt Reinhard Mohr: „Dann ist aber auch Schluss mit Aufklärung, Pluralismus und Meinungsfreiheit. Dann definiert im Zweifel die jeweils einflussreichste, lautstärkste und professionellste Pressure-Group, was als unumstößliche Wahrheit zu gelten hat.“

Bedeutungswandel

Der Sprachwissenschaftler Henning Lobin behauptet, „Mohr“ habe sich seit dem 19. Jahrhundert von einem eher neutral verwendeten Wort in ein abfälliges verwandelt.

„Mohr“ wurde bis ins 16. Jahrhundert als Synonym für einen Menschen mit dunkler Hautfarbe benutzt. Davor war „Mohr“ – lateinisch Maurus „Maure“, altgriechisch Μαῦρος Mauros – die Bezeichnung für die Bewohner der nordafrikanischen Provinz Mauretanien (Marokkos).

Der Begriff „Mohr“ wurde im 17. Jahrhundert durch „Neger“ abgelöst und in die deutsche Sprache eingeführt. Er diente ebenfalls als Bezeichnung für Menschen mit dunkler Hautfarbe. „Neger“, französisch nègre und spanisch negro, stammt von lateinisch niger und bedeutet „schwarz“. Nicht mehr und nicht weniger. Die als politisch korrekt geltende Bezeichnung „Schwarzer“ ist aufgrund ihrer Wortherkunft identisch mit „Neger“.

Dass die Bezeichnung „Neger“ dazu dient, Menschen mit dunkler Hautfarbe verächtlich zu machen, liegt also nicht am Wort, sondern am Kontext und an der Intention, in dem es verwendet wird. „Neger“ ist als Bezeichnung daher so viel oder wenig rassistisch wie „Schwarzer“.

Wollte man Worte danach beurteilen, dass sie in herabwürdigender Weise benutzt werden, wäre „Jude“ in Deutschland wahrscheinlich das erste Wort, dass der „politischen Korrektheit“ zum Opfer fiele und nicht mehr erwähnt werden dürfte.

Einen anderen historischen Hintergrund als „Neger“ hat die Bezeichnung „Nigger“. Ursprünglich wurden damit schwarze, aus Afrika verschleppte Menschen bezeichnet, die in den Vereinigten Staaten Sklavenarbeit verrichten mussten. Heute wird sie ausschließlich in beleidigender oder herabwürdigender Absicht als Schimpfwort benutzt und im alltagssprachlichen Umgang in Europa abgelehnt.

Tilgung aus der Geschichte

Ein in sich gefestigter demokratischer Staat müsste sich um „Mohr“ und „Neger“ in Büchern und Namen keine Sorgen machen. Der „Sarotti-Mohr“ hätte weiterhin ein Sympathieträger bleiben und nicht als rassistisches Symbol denunziert werden können. Es würden auch keine Bücher, in denen das Wort „Neger“ vorkommt, aus den Bibliotheken verbannt, wie dies in einigen Bibliotheken der Fall zu sein scheint.

Im Jahr 2011 forderte der aus dem Kongo stammende Journalist und Dolmetscher Kaisa Ilunga, gewähltes Mitglied des Integrationsrats der Stadt Bonn, der die Interessen der Migranten gegenüber der Stadt vertritt, die Pippi-Langstrumpf-Bücher wegen rassistischer Aussagen aus den öffentlichen Bibliotheken auszusortieren. Die Stadt Bonn beschloss, Zug um Zug die alten Pippi-Langstrumpf-Bücher durch eine Neuauflage zu ersetzen. In den neuen Übersetzungen aus dem Schwedischen wird zum Beispiel der Negerkönig mit Südseekönig übersetzt.

3200 Bücher, das sind 40 Prozent des Büchereibestands der Bibliothek von Bad Dürrheim, wurden 2015 bei einer Aussortierungsaktion des Regierungspräsidiums vernichtet. Dadurch entstand nach Ansicht der ehrenamtlichen Dürrheimer Lesepaten ein unheilbarer Schaden am kulturellen Leben der Stadt. “Denn bei der Räumung wurden auch Werke vernichtet, die es so nicht mehr zu kaufen gibt, wie etwa von Erich Kästner.“

Die vom Regierungspräsidium beauftragte Christina Kälberer gab im Fall der ausgesonderten Kinder- und Jugendliteratur an, dass in einigen Büchern das Wording, also die Formulierung, nicht zeitgemäß sei. Sie nannte laut FAZ etwa das Wort „Neger“, das noch „in Klassikern“ vorkomme. Lorenz Jäger (FAZ) kommentierte den Fall: „Sehr richtig, hoffentlich hat man die Schriften von Immanuel Kant dabei nicht übersehen!“

Der Leiter des Hauptamtes gab laut FAZ zu Protokoll, dass er nicht aufklären könne, was aus den Büchern wurde. Der Zwischentitel der FAZ war folglich mit Bedacht und Vorsicht ausgewählt: „Gerüchte über Bücherverbrennung“.

Geschichtsbanausen und Etikettenschwindler

Wer heutzutage die Bezeichnung „Mohr“ mit der Begründung ablehnt, sie sei rassistisch, ist möglicherweise nur ein Geschichtsbanause und politischer

Trittbrettfahrer. Der Austausch von „Neger“ durch „Schwarze“ ist dagegen Etikettenschwindel. Und, schlimmer noch, die Bezeichnung „Schwarzer“ für dunkelhäutige Menschen afrikanischer Herkunft ist rassistisch. Denn nicht alle Afrikaner mit dunkler Hautfarbe haben eine schwarze Hautfarbe. Müssten nicht alle Menschen mit dunkler, aber nicht schwarzer Hautfarbe als „Braune“ bezeichnet werden? Was gäbe das für ein Geschrei!

Der vermeintlich politisch korrekte Sammelbegriff „People of Color“ ist dümmlich, denn es gibt keine „People of no Color“. Er ist politisch über die Farbe der Haut definiert und unterscheidet sich daher nicht von der Bezeichnung „Neger“ oder „Schwarzer“.

Parteien und Medien halten es für politisch korrekt, die Weltbevölkerung in „Schwarze“ und „Weiße“ einzuteilen, sofern die „Weißen“ dazu aufgerufen werden, die „Schwarzen“ vor dem strukturellen Rassismus zu retten. Nicht „All Lives Matter“, sondern „Black Lives Matter“ (BLM, „Schwarze Leben zählen“). Die schwarze (dunkle) Hautfarbe wird zum Synonym für Gleichheit und moralische Überlegenheit, vor der „Weiße“ in die Knie gehen, auch wenn der auserwählte „Held“ (George Floyd) ein vorbestrafter Krimineller ist. Weltweit haben durch diese Geste der Unterwerfung Hunderttausende ein Zeichen gegen Rassismus und Gewalt und für Solidarität mit Schwarzen setzen wollen.

Es gibt den Rassismus, der zu allen Zeiten in allen Gesellschaften und unter verschiedenen Herrschaftsformen existiert. Jede Gesellschaft bekämpft diesen immer wieder aufkeimenden Rassismus auf ihre Weise, manchmal auch mit Vernunft und nicht mit einem politischen Etikettenschwindel.

All Lives Matter

Die Verfechter der BLM-Bewegung lehnen vehement den Slogan „All Lives Matter“ ab.

Während sich Systemkritiker auf die „Black Lives Matter“-Bewegung fokussieren, entwickelt sich nahezu unbeobachtet eine Variante des Rassismus, bei der es um wirtschaftliche Expansion, Beherrschung der globalen Märkte und Krieg geht.

Wie zur Entstehungszeit des Kolonialismus wird die „Gelbe Gefahr“

heraufbeschworen. Es gibt keine Antirassismus-Debatte gegen die Verwendung der Bezeichnung „Gelbe“ für Menschen aus Asien, insbesondere aus China. Das ist keine Überraschung, denn es geht um kolonialistische Bestrebungen der EU und der USA.

Die „Gelben“ gelten Politikern der EU und der USA als Gefahr. Sie unterstützen Gegner des chinesischen politischen Systems in Taiwan, Hong Kong und Xinjiang. Offiziell gilt ihre Sorge der Verletzung der Menschenrechte. So erklärte zum Beispiel Gyde Jensen (FDP), Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses, China habe bestehendes Völkerrecht gebrochen. Die Liberale verlangte personenbezogene Sanktionen gegenüber Funktionären der Kommunistischen Partei auf EU-Ebene einzuführen, um Menschenrechtsverletzungen zu ahnden. Auch der im September in Leipzig geplante EU-China-Gipfel müsse abgesagt werden. „Der Volksrepublik darf kein weiterer Rahmen für Propaganda geboten werden“, forderte Jensen.

Im Grunde handelt es sich um eine Neuauflage der historischen Versuche Europas und der USA, China zu kolonialisieren. Dies ist keine Unterstellung; denn gegenwärtig ist bei einflussreichen Politikern der EU und der USA ein Wandel in der Einschätzung Chinas zu beobachten. Die Kehrtwende ist in den letzten Jahren besonders deutlich bei den Grünen festzustellen. Ihre Einschätzung Chinas vom Partner zum Gegner vollzog sich langsam, aber konsequent. Reinhard Bütikofer, Studiumabbrecher, MdEP, Ko-Vorsitzender der Europäischen Grünen und Sprecher für Industriepolitik der Grünen/EFA-Fraktion im Europa-Parlament, seit dem 5. Juni 2020 IPAC-Ko-Vorsitzender, betrachtet China als Gegner.

Diese Variante des grünen Rassismus, in der Menschen einer anderen Kultur strukturelle Änderungen nach dem Vorbild „weißer“ Wertmaßstäbe aufgezwungen werden sollen, wird von den Medien nicht zur Kenntnis genommen. Es ist ein systemisches, strukturelles Problem der „weißen“ Arroganz. Aber eine „Yellow Lives Matter“- Bewegung wird es in den westlichen Staaten niemals geben. Niemand fällt wegen des unverkennbaren Rassismus gegen Asiaten aus Scham auf die Knie. Keine Journalistenfeder rührt sich vor Empörung über den wiederaufflammenden Rassismus vor allem gegen Chinesen.

Der Rassismus, eine der Wurzeln des Kolonialismus, wird politisch und ökonomisch derzeit nicht mit Waffen, sondern unter anderem durch Sanktionen ausgetragen, stets mit dem Ziel, die Führung in der Welt zu übernehmen. Militärische Übergriffe der EU und USA sind aufgrund des wirtschaftlichen Niedergangs in den kapitalistischen Ländern und der politischen Zersplitterungen wegen der

wachsenden Erfolge Chinas inbegriffen. Ein selbstbewusstes China ist für die westliche Elite kein Partner, sonder ein Gegner.

Titelbild: AlexanderStein, pixabay
Bild Sarotti-Mohr: falco, pixabay

Ruhrkultour Lesemepfehlungen



Werbung

